



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,
das Schicksal der Ukraine und insbesondere die drohende Abspaltung der Krim haben uns diese Woche sehr beschäftigt und bieten weiterhin Anlass für große Sorgen. Ich kann nur hoffen, dass diese Krise trotz anhaltender russischer Gewaltan-

wendung nicht weiter eskaliert und es doch noch gelingt, die verfahrenere Situation mit friedlichen Mitteln zu lösen – auch wenn der russische Präsident Putin derzeit rein gar nichts zu einer einvernehmlichen Lösung beiträgt und an seinen machstrategischen Absichten fernhält.

Ich finde es geradezu beschämend, wie einzelne Politiker der Linken derzeit für Putins Annexionspolitik Verständnis zeigen. Ein Vergleich mit Serbien ist völlig fehl am Platz. Dort hat zuvor schließlich eine barbarische, ethnische Säuberung stattgefunden und kein intervenierender Partner hatte das geringste strategische Interesse.

Erfreuliches gibt es dagegen vom Bundeshaushalt zu vermelden. Im kommenden Jahr werden wir erstmals seit langer Zeit keine neuen Schulden mehr machen. Erfreulich ist zudem der Anstieg der Zahl der Abiturienten um 3,8 Prozent. Damit ist der Nachwuchs für den Wissenschaftsstandort Deutschland sicher. Im Familienausschuss haben wir uns mit der Lage der Hebammen beschäftigt, die große Probleme mit ihren Haftversicherungen haben. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Martin Patzelt



Russland schadet sich selbst

Mit seiner starren Haltung in Bezug auf die Krim schadet sich Russland und vor allem Präsident Wladimir Putin selbst. In diesem Punkt stimme ich voll und ganz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel überein, die am Donnerstag in ihrer Regierungserklärung dem russischen Regime unmissverständlich klar gemacht hat, dass es ab Montag mit weiteren Sanktionen rechnen muss, sollte es bis dahin nicht zu lösungsorientierten Ge-

sprächen gekommen sein. Wichtig ist mir auch die radikale Absage der Kanzlerin gegenüber jeglichem militärischen Eingreifen.

Ja, es ist so, wie Frau Merkel mehrfach betonte. Wir stehen ein Denken des 20. und 21. Jahrhunderts gegenüber. Eine Annexion der Krim und womöglich auch noch der Ost-Ukraine wird das Verhältnis der EU und der G7-Staaten zu Moskau grundlegend verändern. Auch Fehler, die wir möglicherweise gegenüber

Russlands Interesse begangen haben, sind kein Argument, jetzt das russische Verhalten zu billigen.

Wir können nun in eine Situation gelangen, dass die Solidarität mit den Menschen, die jetzt in der Ukraine Selbstbestimmung und Freiheit suchen, von uns auch Opfer fordert. Dazu sollten wir auch zu Solidarität der um ihre Freiheit bangenden Ukrainer bereit sein.

Nr. 7/18. WP
14. März 2014

Termine - Vorschau**17.03.2014**

Empfang von Schülerinnen und Schülern der 5. Klasse der evangelischen Grundschule Frankfurt (Oder) zur Kindertag-führung im Deutschen Bundes-tag

CDU-Kreisvorstandssitzung
LOS

18.03.2014

Einladung zu einer Diskussionsrunde mit Valeri Amos, Untergeneralsekretär für Humanitäre Angelegenheiten und Not-hilfekoordination der Vereinten Nation (OCHA) im Auswärtigen Amt Berlin

Parlamentarischer Abend Berlin, Lebenshilfe

19.03.2014

Jahresempfang Bundespräsidenten und Verleihung des Medienpreises

Empfang für Nichtregierungsorganisationen der AG Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

20.03.2014

AG Ruhrgebiet Einladung zum Austausch über prekäre Arbeitsmarktsituationen

21.03.2014

Festveranstaltung 20 Jahre Seniorenunion

24.03.2014

Eröffnung des Wahlkreisbüros in Frankfurt (Oder)

24.03.2014

Jahresempfang der CDU Frankfurt (Oder)

26.03.2014

Gemeinsame Regionalkonferenz der Länder Berlin und Brandenburg

www.martin-patzelt.de

Meldefrist für den Fonds Heimkinder Ost

Erfreulich schnell haben sich die Bundesregierung und die ostdeutschen Bundesländer darauf verständigt, die Mittel für den Fonds Heimkinder Ost um 200 Mio. Euro auf insgesamt 240 Mio. Euro aufzustocken. Damit ist sichergestellt, dass niemand, der berechnete Ansprüche geltend machen kann, benachteiligt

wird. Wichtig ist es jetzt, dass sich alle Betroffenen bis zum **30. September dieses Jahres** bei den regionalen Ablauf- und Beratungsstellen melden. Für Brandenburg ist die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der Kommunistischen Diktatur zuständig. Sie ist erreichbar unter der

Telefonnummer: 0331/23729217 oder der Mailadresse anlaufstelle@lakd.brandenburg.de. Telefonische Sprechzeiten zur Terminvereinbarung: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr.
Homepage: <http://www.aufarbeitung.brandenburg.de>



Seit Anfang des Monats unterstützt uns Christoph Haase aus Groß Rietz (Landkreis Oder Spree) im Rahmen eines Praktikums in meinem Berliner Büro.

Ab 2015 ohne neue Schulden

Ab dem kommenden Jahr werden wir es erstmals seit 1969 wieder schaffen, im Bundeshaushalt ohne neue Schulden auszukommen. Dies haben wir nicht zuletzt dem konsequenten Konsolidierungskurs unseres Finanzministers Wolfgang Schäuble zu verdanken.

Mit dieser Abkehr von der jahrzehntelangen

Politik der Schuldenfinanzierung setzen wir nicht nur den Koalitionsvertrag um. Vor allen Dingen belegen wir eindrücklich, dass wir es ernst meinen mit unserer Verantwortung für zukünftige Generationen.

Mit dem Verzicht auf neue Schulden betreiben wir auch eine Politik der Nachhaltigkeit.

Indem wir Handlungsspielräume für die Zukunft eröffnen, handeln wir im Interesse unserer Kinder und Enkel. Und wir haben im Haushalt die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Wir investieren nämlich in die zentralen Zukunftsfelder Bildung, Forschung, Infrastruktur und Familie.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Markus Zaplata
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Helga Grune
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Versicherungsschutz für Hebammen

Massiv angestiegen ist in den letzten Jahren der Versicherungsschutz für Hebammen. Lag er 1998 noch bei 394 Euro im Jahr, müssen Hebammen ab diesem Jahr über 5.000 Euro aufbringen. „Schuld“ daran ist einerseits der medizinische Fortschritt.

Es stehen erfreulicherweise immer mehr und immer teure Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die aber verursachen immer höhere Kosten und Risiken. Hinzu kommt eine veränderte Rechtsprechung, die gestiegene Leistungsan-

sprüche zur Folge hat. Das alles hat dazu geführt, dass sich vor allem in ländlichen Gebieten zahlreiche Krankenhäuser aus der Geburtsbegleitung zurückgezogen haben. Außerdem finden die Versicherungsgesellschaften derartige Policen immer unattraktiver und steigen nach und nach aus diesem Geschäft aus.

In der letzten Sitzung des Familienausschusses wurde deutlich, dass alle Beteiligten daran interessiert sind, schnellstmöglich eine Lösung zu finden. Sie könnte z.B. da-

rauf hinauslaufen, dass es in Zukunft eine Haftpflichtversicherung für alle medizinischen Berufe geben wird, damit das Risiko der Versicherer gestreut wird.

Zur Zeit werden Gespräche mit den Hebammenverbänden, mit der Versicherungswirtschaft und mit dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) geführt, um das Problem schwer zugänglicher und kostenintensiver Berufshaftpflicht für Hebammen zu lösen.



Im Familienausschuss (Foto Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek.net)

„Elterngeld Plus“

In unserem Koalitionsantrag „Mehr Zeitsouveränität - Neuer Wege für gleiche Chancen von Frauen und Männer“ haben wir uns für die Novellierung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) ausgesprochen. Bis Ende des Jahres erwarten wir Vorschläge der Familienministerin für ein „Elterngeld Plus“,

mit dem Eltern für die Dauer von 28 Monaten die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes in Kombination mit einer nicht nur geringfügigen Teilzeitbeschäftigung erzielen können. Im Weiteren soll das Recht auf Teilzeitarbeit weiter entwickelt werden. Die Forderung nach einer steuerlichen Entlastung von Alleinerziehenden erscheint mir da-

gegen weniger zielführend, da Alleinerziehende, wenn überhaupt, in aller Regel über ein eher kleines Einkommen verfügen und von einer solchen Regelung gar nicht profitieren könnten. Hier müssen wir andere, tatsächlich hilfreiche Wege der Unterstützung für Mütter und Väter anbieten.